

Es geht zwar nur um etwa 100 000 Franken, aber der folgende Artikel zeigt wieder einmal, wie linkslastige Parlamente zur Selbstbedienung neigen. Die bürgerlichen Gegner der Aktion hatten keine Chance. Leider sind solche Entscheidungen in letzter Zeit keine Seltenheit mehr. Am Schluss bezahlt immer der Steuerzahler die Zeche.

Sitzung des Zürcher Gemeinderats

Freie Fahrt für die Anhänger der Selbstbescherung

Das Parlament lässt seinen Mitgliedern unentgeltliche Jahresabonnemente für das Stadtnetz schenken

urs. Das Zürcher Rathaus liegt mitten in der Fanmeile der Euro 08. Und so hat sich gestern auch das Stadtparlament ganz in Festlaune gezeigt. Die Lautstärke des Ratsbetriebs drohte zuweilen zu überborden, launige Zwischenrufe brachten Votanten in Fahrt, und zu einem richtigen Fest gehört eine ebensolche Bescherung. Eine Mehrheit war in der Stimmung, Wünsche zu erfüllen - vorab sich selber. An einem Datum, das ziemlich genau zwischen zwei Weihnachtsfesten lag, schien der Zeitpunkt dafür ideal: Das Parlament beschloss in einem selbstlosen Akt, dass seine Mitglieder künftig den öffentlichen Verkehr auf Stadtgebiet unentgeltlich nutzen können. Es stimmte dem Antrag der CVP- und der EVP-Fraktion zu, ein Anrecht auf ein ZVV-Jahresabonnement der Zone 10 in die Geschäftsordnung einzubauen. Schliesslich finde, so hiess es in der schriftlichen Begründung, manche Sitzung von Gremien des Rats an Orten ohne Parkiermöglichkeiten statt. Besonders stossend war, dass zudem damit argumentiert wurde, Parlamentarier hätten in der Benützung des öV eine Vorbildwirkung. Als könnten sie diese Funktion nicht als zahlende Fahrgäste wahrnehmen.

Selbst den Grünen zu blauäugig

FDP, SVP, Grüne - Letztere traten den Beweis an, dass sie nicht nur ideologisch argumentieren können - und Teile der AL wehrten sich vergeblich gegen diese Bescherung. Die SP bestätigte ihren Ruf, meist an vorderster Front mitzukämpfen, wenn es um das muntere Geldausgeben geht. Allerdings witterte sie die Chance auf doppelten Gewinn und knüpfte ihre Zustimmung an die Bedingung, dass CVP und EVP einer noch hängigen sozialdemokratischen Motion die Unterstützung zusicherten. Diese bezöge dann die gesamte Stadtverwaltung in die humanitäre Aktion ein: Um ihre Co2-Bilanz zu verbessern, sollen städtische Angestellte zum Beispiel kostenlose oder zumindest verbilligte ÖV-Abonnemente erhalten. Die erpressten Antragsteller nickten, die Sache war geritzt: Mit 65 zu 51 Stimmen beschloss man, sich und den künftigen Generationen im Rat diese Neuerung zu gönnen.

Gespannt auf weitere Wunschlisten

Dem Vernehmen nach ist die Idee zu dem Vorstoss in feuchtfröhlicher Stimmung auf einer Carfahrt herangereift. Wer dem Ansinnen gestern zum Durchbruch verhalf, schien aber bei vollem Bewusstsein zu sein. Die Aktion wird, sollten alle Räte den Anspruch einlösen, knapp 100 000 Franken kosten. Hinzu kommen einige tausend Franken für die knappe Sitzungsstunde, die zur wortreichen Entscheidungsfindung benötigt wurde.

Jetzt ist die Öffentlichkeit gespannt auf weitere Wünsche der Ratsmitglieder. Im Sinne des Umweltschutzes müssten nun eigentlich Velos für alle zur Selbstverständlichkeit werden. Auch Laptops sollten zum Standard gehören, damit noch mehr Räte während der Sitzungen exzessiv im Netz surfen können. Sicher würde auch ein kostenloser Zutritt zu allen Kulturinstitutionen das Politikerleben entscheidend erleichtern, und eine Mietzinsreduktion für städtische Wohnungen sowieso.